

Wahlprogramm der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016

**Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Mainz am 29. November 2015**



Inhalt

Präambel.....	3
Volksentscheide und Bürgerrechte	4
Familienpolitik.....	5
Gesundheitspolitik.....	6
Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik	7
Infrastruktur.....	8
Zuwanderung und Asyl	9
Innere Sicherheit und Justiz.....	10
Arbeitsmarktpolitik	11
Finanzpolitik.....	13
Energie	14
Umweltpolitik	15
Landwirtschaft, Landschaftspflege, Tierschutz.....	16
Verwaltung.....	17
Ein Wort zum Schluss.....	18

Präambel

Die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) wurde in ernster Sorge vor politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union gegründet. Unser Land braucht eine Stimme der Wahrheit, der Vernunft und des Mutes für neue Lösungswege, eine Stimme aus der Mitte der Gesellschaft, weit entfernt von politischen Rändern. ALFA bietet Lösungen mit Sachverstand und bringt so die Vernunft zurück nach Rheinland-Pfalz.

Das Fundament für Wohlstand und Wirtschaftskraft sind Bildung und Innovation auf allen Wissensgebieten. Deshalb tritt ALFA ein für die Förderung der Forschung, der Wirtschaft und des Mittelstands, der die Masse der Arbeitnehmer beschäftigt. Es gilt, die Weichen für Rheinland-Pfalz in sachlicher und konstruktiver Art und Weise zu stellen und Zukunftsfragen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Hierzu gehört auch, das Augenmerk auf Fehlentwicklungen im Land zu legen, die sich gerade in den vergangenen Jahren allerorten gezeigt haben. Es gilt, diesen Fehlentwicklungen entschieden zu begegnen, ihnen grundlegend und nachhaltig entgegenzuwirken und Alternativen zu fordern, zu formulieren und zu fördern.

Wir stehen für die Bewahrung und Fortentwicklung unseres demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats, der den Bürgern zu dienen hat – und nicht umgekehrt. Wir treten ein für eine Gesellschaft mündiger Bürger, die in Freiheit und Selbstverantwortung leben, ohne ideologische Bevormundung. Wir sind stolz auf unsere demokratischen und freiheitlichen Errungenschaften, respektieren diese und werden sie aus tiefer Überzeugung verteidigen. Wir stehen zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Wir wollen, dass Leistung gefördert und Eigentum geschützt wird. .

Wir fühlen uns als Europäer in einem aufgeklärten Europa souveräner Staaten, das dem Subsidiaritätsprinzip Vorrang vor zentralstaatlichen Regelungen gibt. Wir setzen uns ein für die friedliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Völkern. Wir bejahen uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, unsere abendländische Kultur, das Grundgesetz und die friedliche Einigung Europas sowie die Bundesrepublik Deutschland als souveränen Staat in Europa, in der Europäischen Union, in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft und in den Vereinten Nationen.

Mainz, im November 2015

Volksentscheide und Bürgerrechte

Die Mitwirkungsmöglichkeiten an den politischen Entscheidungsprozessen in Rheinland-Pfalz, sowohl kommunal als auch im Land, sind gering. Sie sind durch hohe Hürden und Anforderungen unattraktiv und werden daher kaum in Anspruch genommen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern schneidet Rheinland-Pfalz weder auf kommunaler noch auf Landesebene gut ab und belegt einen Platz im hinteren Drittel. Demokratie darf aber nicht nur alle fünf Jahre stattfinden und auf die Abgabe der Stimme beschränkt sein.

ALFA will, dass die Bürger mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung unserer Gesellschaft erhalten. Wir fordern daher die deutliche Absenkung der Hürden für Bürger- und Volksbegehren, um den Bürgern die Mitwirkung zu erleichtern.

ALFA fordert deshalb:

- Volksentscheide sind zu vereinfachen – Herabsetzung der Hürden für Volksentscheide bzw. Bürgerbegehren.
- Nach unserer Verfassung sind derzeit Volksbegehren über Finanzfragen unzulässig. ALFA setzt sich dafür ein, auch in Finanzangelegenheiten Volksentscheide zu erlauben. Lediglich das Haushaltsgesetz soll hiervon ausgenommen werden, damit das Budgetrecht des Landtags gewahrt bleibt.
- Auf kommunaler Ebene gilt es, die Anzahl der ausgeschlossenen Gegenstände, beispielsweise die Bauleitplanung, zu reduzieren
- Die Zustimmungsquoren für Volksentscheide von 25% sollen abgeschafft werden. Wie bei der Parteienwahl soll ein Volksentscheid mit der einfachen Mehrheit der gültigen abgegeben Stimmen entschieden werden.
- Das Unterschriftenquorum bei initiiierenden Volksbegehren soll von 300.000 Wahlberechtigten (10%) auf 100.000 (3,3%) gesenkt werden.
- Die Eintragsfrist für initiiierende Volksbegehren soll von derzeit zwei Monaten auf vier Monate angehoben werden.
- Die Eintragsfrist für fakultative Volksbegehren (Korrekturbegehren) soll von einem Monat auf drei Monate angehoben werden.
- Das Unterschriftenquorum bei fakultativen Volksbegehren soll von 150.000 auf 75.000 gesenkt werden.
- Bei der Möglichkeit, ein Volksbegehren durch Eintragung auf den Ämtern zu unterstützen, soll zusätzlich die freie Unterschriftensammlung ermöglicht werden.
- Bei geplanten Volksbegehren fordern wir eine umfassende Auskunfts- und Beratungspflicht der zuständigen Wahlbehörde.
- Wir fordern eine Erweiterung des Einsichtsrechts – mehr Transparenz durch Open Government.

Familienpolitik

Es ist das Natürlichste auf der Welt, dass jede Generation Kinder bekommt, und dass diese Kinder für ihre Elterngeneration sorgen. Werden zu wenige Kinder geboren, ist das bewährte Solidarprinzip in Gefahr. Eine auf Stabilität und Erhalt ausgerichtete Familienpolitik ist daher ebenso legitim wie erforderlich. Die Leistung von Eltern, respektive von Gemeinschaften, die Kinder aufziehen, angemessen anzuerkennen, ohne andere Lebensmodelle dabei zu diskriminieren, ist ethisch wie ökonomisch dringend geboten.

Wir definieren Ehe als gegenseitiges Versprechen zwischen Mann und Frau lebenslang füreinander einzustehen. Ein entsprechendes gegenseitiges Versprechen zwischen zwei Männern oder zwei Frauen muss vom Staat gleichbehandelt werden. Für ALFA ist entscheidend, dass der Staat eine Verbindung privilegiert, aus der Kinder hervorgehen können, oder in denen Kinder aufwachsen. Für uns muss die Familienpolitik darauf ausgerichtet sein, dass sich junge Menschen zur Gründung einer Familie mit Kindern entscheiden. Voraussetzung dafür ist neben finanziellen Anreizen auch die gesellschaftliche Achtung der Familie, die in der Schule positiv vermittelt werden muss.

ALFA fordert daher:

- Das steuerliche Existenzminimum von Kindern ist von Rentenversicherungsbeiträgen freizustellen, ohne dass dadurch spätere Rentenansprüche gemindert werden.
- Wir fordern, das Ehegattensplitting zu erhalten. Es ist um ein Familiensplitting zu ergänzen oder vollständig zu ersetzen.
- Der Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen muss beitragsfrei sein.
- Bei Kleinkindern unter drei Jahren ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Erziehung in der Familie durch ein diskriminierungsfreies Landeserziehungsgeld zu würdigen.
- Junge Ehepaare können durch zweckgebundene Haushaltsgründungs-Unterstützungsdarlehen für den Erwerb von Wohneigentum oder Wohnrechten zur Eigennutzung gefördert werden. Die gegebenen Kredite sind schrittweise zu erlassen, sobald sich Nachwuchs einstellt.
- Das Ansehen der Familie muss durch einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaftspolitik gestärkt werden. In der öffentlichen Darstellung (z.B. Fernsehen) und auch in der Schule sollte die Familie verstärkt als eine positive und allseits geachtete Institution dargestellt werden.
- Die Elternrechte gegenüber dem Staat müssen gestärkt werden. Der Staat hat sich bei strittigen bzw. stark ideologisch besetzten Themen wie Gender Mainstreaming und dessen Ausflüsse herauszuhalten. Alleine die Eltern haben das Recht, diese Thematik ihren Kindern zu vermitteln - oder auch nicht.

Gesundheitspolitik

ALFA setzt sich ein für eine patientenorientierte Medizin, die dem Menschen mit seinen individuellen biologischen, psychologischen und sozialen Dimensionen gerecht wird. Diese Medizin setzt an den Krankheitsursachen an und fördert die systematische Erforschung und Nutzung der Eigenheilkräfte. Wir wollen im Gesundheitswesen inhaltliche wie auch strukturelle Reformen durchführen, die zu einer wohnortnahen, bedarfsgerechten und sichereren Versorgung Aller führen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Geschlecht, ihrem Alter oder ihrer sozialen Lage. Sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Bürger als auch die Therapiefreiheit der Ärzte sind dafür zentral notwendig. Zudem ist die Verstärkung der Mitbestimmung von Patientenvertretern bei Entscheidungen im Gesundheitswesen erforderlich.

Wir werden die Versorgung von Patienten vor allem auf dem Land sichern, indem wir die Motivation von Ärzten und Ärztinnen stärken, sich dort niederzulassen, und dabei unnötige Niederlassungshemmnisse beseitigen. Ebenso werden wir die zum Teil beschämende Pflegesituation im Land verbessern, um den Bürgern auch im letzten Lebensabschnitt ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund fordert ALFA:

- Prävention und die Vermittlung von Gesundheitswissen muss bereits früh erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass dies schon in Kindergärten wie auch in allen Schul- und Ausbildungsebenen als Ausbildungsziel verankert wird.
- Wir fordern, die Arbeits- und Niederlassungsbedingungen für Ärzte zu verbessern und diese familienfreundlicher, flexibler und sicherer zu gestalten. Denn eine gute Versorgung in Stadt und Land braucht gute niedergelassene Ärzte, die wohnortnah erreichbar sind.
- Um weitere Versorgungsmöglichkeiten mit den verschiedensten Methoden auch in ländlichen Regionen zu ermöglichen, sollen Gemeinden das Recht erhalten, neutrale, mit einer Grundausstattung versehene Praxisräume vorzuhalten, die von Ärzten, Fachärzten und Heilberuflern flexibel genutzt werden können.
- Wir unterstützen die Etablierung von Gemeindefachkräften/-pflegern, welche sich insbesondere um alleinstehende, chronisch kranke Bürger sowie um Kleinkinder in den Gemeinden kümmern.
- Wir fördern und erleichtern die Gesundheitskommunikation mit den medizinischen Spezialisten durch Möglichkeiten der Telemedizin und fördern die Bereitstellung kommunaler Wohnungen, die mit altersgerechten Assistenzsystemen ausgestattet sind, um den Bürgern so lange wie möglich eine selbständige Lebensweise zu ermöglichen.
- Wir fordern für die rheinland-pfälzischen Einrichtungen einen gesetzlich festgelegten Personalschlüssel für alle im ambulanten und stationären Bereich angesiedelten Pflegeeinrichtungen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung eines rheinland-

pfälzischen Pflege-Qualitätssiegels ein, das sich im Gegensatz zu den bisher angewendeten Qualitätsprüfungen am Nutzen für die zu Pflegenden orientiert.

- Wir befürworten die Legalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke, da dies ein ebenso wirksames wie auch preiswertes Medikament darstellt.

Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf das Wissen und Können seiner Bürger angewiesen, um den Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern. Der Erwerb dieses Wissens ist an Investitionen in Forschung und Lehre gebunden. In diesem Bereich haben jahrelange Versäumnisse Rheinland-Pfalz zurückfallen lassen. ALFA will Rheinland-Pfalz zu einem attraktiven Standort für Wissenschaft, Forschung und Innovation ausbauen.

Bedingt durch jahrzehntelange Misswirtschaft spielt Rheinland-Pfalz international als Forschungs- und Wissenschaftsstandort keine Rolle. ALFA steht für Exzellenz in Forschung und Lehre. Diese lässt sich an Kriterien festmachen wie z.B. die Berufung von international anerkannten Wissenschaftlern und regelmäßige international anerkannte Veröffentlichungen. So würde ein sehr beachtenswerter Ruf der Hochschulen zu einem gesteigerten Interesse von Studieninteressenten aus aller Welt entstehen. Dazu fordert ALFA, im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs um die besten Konzepte zwei Standorte im Land so auszustatten, dass sie in Deutschland und Europa in ausgewählten Studiengängen führend in der akademischen Ausbildung werden.

Freiheit in Forschung und Lehre kann es nur durch eine ausreichende finanzielle Grundausstattung geben. ALFA fordert daher einen "Pakt für Forschung und Innovation", um die Universitäten und Hochschulen für den globalen wissenschaftlichen Wettbewerb zu stärken. Die Hochschulverwaltungen müssen zugunsten des akademischen Mittelbaus personell erheblich abgespeckt werden.

Die große Zahl an Bachelorstudiengängen führt zur Verwirrung und Verunsicherung von Studienanfängern. Ein klares Angebot einer begrenzten Anzahl von Diplomstudiengängen schafft Übersicht in dem undurchsichtigen Bachelor-Dickicht. Daher muss den Hochschulen freigestellt werden, Diplomstudiengänge anzubieten.

Nach vielen Jahre unter SPD geführten Regierungen gestützt durch Grüne oder FDP liegt Rheinland-Pfalz auch bei der schulischen Bildung im unteren Bereich. Im Bildungsmonitor 2014 des Instituts der deutschen Wirtschaft ist Rheinland-Pfalz von Platz 8 auf Platz 10 abgerutscht ist, d.h. auf einen Platz in der unteren Hälfte. Dieser negative Verlauf muss korrigiert werden.

ALFA fordert, die Bildungspolitik wieder auf die richtige Spur zu setzen. Voraussetzung ist, dass das Leistungsprinzip gestärkt und wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Die Vergabe von Noten spielt hierbei eine entscheidende Rolle, da sie für die Schüler und Eltern ein Maß für den Leistungsstand sind.

ALFA setzt sich dafür ein, das Leistungsprinzip durch ein mehrgliedriges Schulsystem zu fördern. Genauso wie ein schwacher Schüler das Recht auf eine Förderung zur Verbesserung seiner Leistung hat, muss einem leistungsstarken Schüler das Recht auf Förderung seiner besonderen Stärken zugestanden werden. Dieses ist in einem Klassenverbund mit Schülern extrem unterschiedlichen Leistungsvermögens nicht möglich.

Infrastruktur

Bei allen Forderungen nach Verbesserung der Infrastruktur vor Ort in den ländlichen Gegenden ist zu berücksichtigen, dass das Geld in den wenigen Zentren in Rheinland-Pfalz verdient wird. Allein in Ludwigshafen werden 10% des "Bruttoinlandsproduktes" BIP von Rheinland-Pfalz erwirtschaftet. Daher ist Rheinland-Pfalz Pendlerland. Dies zu ignorieren ist fahrlässig.

Unsere ständig weiter optimierte Arbeitswelt, die letztlich unseren Wohlstand sichert, hat auch ihren Preis: für viele bedeutet dies einen dichten, durchstrukturierten Alltag, bei der trotz aller Verbesserungen der vergleichsweise langsame öffentliche Personennahverkehr ÖPNV nicht punkten kann, das Fahrrad schon gar nicht. Der Individualverkehr mit dem eigenen Kfz ist daher oft unumgänglich.

Doch die Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz ist in einem schlechten Zustand. Auf mehr als eine Milliarde Euro wird alleine der Reparaturstau beziffert. Darüber hinaus lässt auch die Verbindung zwischen den rechtsrheinischen mit den linksrheinischen Landesteilen stark zu wünschen übrig. Ein Gewerbebetrieb aus z.B. Bad Ems, der sich um einen Auftrag in z.B. Mainz bemüht, hat wegen der schlechten Verkehrsverbindung erhebliche Nachteile, die sich in hohen Kosten niederschlagen. Eine Landesregierung sollte bestrebt sein, die Verkehrsverbindungen so auszubauen, dass sich in allen Landesteilen Industrie und Gewerbe zu vernünftigen Wettbewerbsbedingungen ansiedeln können. Daher fordert ALFA alle Verkehrsengepässe zu beseitigen.

Eine funktionierende und moderne Infrastruktur ist auch die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Dies gilt nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch für die Kommunikationsinfrastruktur. Das Internet ist für ALFA kein Neuland, sondern eine unverzichtbare Grundlage für eine effektive Kommunikation. Daher fordert ALFA einen beschleunigten Ausbau des Internets mit einer hohen Datenübertragungsrate im ganzen Land.

Im ländlichen Raum gibt es ebenfalls noch viele Stellen mit einer schlechten Mobilfunkerreichbarkeit. ALFA fordert hier den Ausbau der Mobilfunknetze.

Zuwanderung und Asyl

Aufgrund der demographischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten braucht Deutschland eine qualifizierte Zuwanderung. Ein ausländerfeindliches Klima ist dafür abträglich. Wir wollen eine Einwanderungspraxis, die sich an Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen, dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz orientiert. Nichts unterstreicht den Willen und die Fähigkeit zur Integration besser, als wenn der Bewerber sich die Kenntnisse selbst angeeignet hat, die zu einer erfolgreichen Integration notwendig sind. Die Zweckentfremdung des Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge oder für allgemeine Zuwanderung ist zu unterbinden. Neben der Möglichkeit, dass Asylanträge auch außerhalb der EU in den Botschaften der EU-Staaten gestellt werden können, sollte angestrebt werden, die Flüchtlingsprobleme vorrangig in den Herkunftsregionen zu lösen, auch mit unserer finanziellen Hilfe.

Die Bundesregierung muss aufhören, gültige Verträge zu brechen. So muss der Vertrag von Dublin wieder umgesetzt werden. Auch ein besserer Schutz der Schengen-Außengrenzen muss durch die Bundesregierung eingefordert und ggf. Kontrollen an unseren Staatsgrenzen einführt werden. Von den Flüchtlingen muss eine aktive Mitarbeit zur Feststellung der Identität verlangt werden. Menschen, die gegenüber deutschen Behörden ihre Identität verfälschen oder verschleiern, sollten in der Regel bei uns keine Aufnahme finden.

ALFA fordert daher:

- Willkommenskultur ist in eine Hilfskultur zu ändern.
- Ein Einwanderungsgesetz, das denjenigen eine Chance zur Einwanderung gibt, die in unserem Lande gebraucht werden, beispielsweise bewertet nach einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild, muss angestrebt werden.
- Kommunale Obergrenzen müssen, dem Prinzip der Subsidiarität entsprechend, von den Kommunen festgestellt werden.
- Die Mittel für die Integration bzw. Aufnahme von Flüchtlingen sind vom Bund zu tragen.
- Eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber außerhalb sozialer Brennpunkte ist anzustreben, damit die Integrationskraft der Ortsbevölkerung nicht überlastet wird.
- Es sind mehr Entscheider für Rheinland-Pfalz erforderlich.
- Die Abschiebung nach negativen Entscheidungen muss schnell und konsequent erfolgen. Gerade Rheinland-Pfalz setzt dies – politisch gewollt - praktisch nicht um.
- Die Bürger sind über die Kommunen stärker einzubinden.

Innere Sicherheit und Justiz

Die Justizverwaltung in Rheinland-Pfalz leidet seit Jahren unter zu knappen Mitteln. Wenn ordentliche Gerichte nur eingeschränkt funktionsfähig sind, ist das Gemeinwohl gefährdet. Dieses Problem erkennen wir insbesondere in der Strafrechtspflege und in der Zivilgerichtsbarkeit. Die mangelnde finanzielle Ausstattung der Justizverwaltung führt dazu, dass die personelle Ausstattung so dünn ist, dass die Funktion der Gerichte und Behörden nur noch eingeschränkt gewährleistet ist. Ein besonderer Personalmangel bei den Rechtspflegern ist seit Jahren bekannt. Ebenso besteht ein Mangel von Bewährungshelfern. Die Folgen sind fatal. Strafverfahren werden nicht mehr zeitnah zum Abschluss gebracht, was für alle Beteiligte, seien es Angeschuldigte oder Opfer, nicht akzeptabel ist. Zivilverfahren ziehen sich über Jahre. Dies hat für Beteiligte wirtschaftliche Folgen; ein gedeihliches Miteinander wird erschwert. Der Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn hierfür angemessene Gelder zur Verfügung gehalten werden. Die Wirtschaft kann nur funktionieren, wenn Streitfragen rasch einer Klärung zugeführt werden. Das Miteinander kann nur funktionieren, wenn der Rechtsfrieden hergestellt ist.

ALFA fordert, den Justizetat im Landeshaushalt signifikant zu erhöhen, um:

- an Zivilgerichten, Strafgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten und insbesondere den Amtsgerichten für ausreichende Richterstellen zu sorgen,
- eine genügende Anzahl von Vertretungsrichter zu gewährleisten,
- die chronisch unterbesetzten Geschäftsstellen der Gerichte personell besser aufzustellen,
- sicher zu stellen, dass ausreichend viele Rechtspfleger ausgebildet und übernommen werden,
- die Anzahl der Bewährungshelfer aufzustocken,
- die Verfahrensdauer in Wirtschaftsstrafsachen signifikant zu beschleunigen,
- die Personalausstattung der Ermittlungsbehörden zu verbessern,
- die Jugendstrafrechtspflege in die Lage zu versetzen, die Mechanismen des Jugendstrafrechtes, zeitnah und konsequent durchsetzen zu können,
- landesweit für die Einrichtung karitativer Schuldnerberatungsstellen zu sorgen und bis dahin den Schuldnern landesweit einheitlich Beratungshilfe für das außergerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren zu gewähren.

Wir fordern den Etat des Innenministerium im Landeshaushalt signifikant zu erhöhen, um:

- die Polizei personell in die Lage zu versetzen, strafrechtliche Ermittlungen zu beschleunigen,
- die Präsenz in der Öffentlichkeit zu erhöhen,
- die länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei zu verbessern, insbesondere die der Landesämter für Verfassungsschutz; die Polizei soll in die Lage versetzt werden, auch mit den Polizeibehörden der angrenzenden EU Staaten unbürokratisch und effizient zusammen zu arbeiten und
- Gemeindefiren wieder einzuführen.

Wir fordern darüber hinaus die Einführung eines Landesbeauftragten für die Polizei, der dem Landtag über die Sorgen und Nöte unserer Polizeibeamten berichtet sowie den Polizeibeamten mehr politische Rückendeckung in ihrem Dienst gibt.

Arbeitsmarktpolitik

Rheinland-Pfalz braucht mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung in Unternehmen, Landwirtschaft und Weinbau. Für ALFA hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Land Rheinland-Pfalz Priorität. Die überdurchschnittliche Arbeitslosenquote in unserem Land zeigt, was 35 Jahre SPD-Verantwortung auf Landesebene oder Oberzentren hinterlassen hat. Wir richten unser politisches Engagement auf die Schaffung von Voraussetzungen, die diesen Trend zum Positiven verkehren.

Die Jugendarbeitslosigkeit in den Landkreisen ist, wie in Deutschland insgesamt, viel zu hoch. Diese Situation hat vielfältige Hintergründe und führt bei jungen Menschen oftmals zu Existenz- und Zukunftsängsten. ALFA unterstreicht daher ihr Engagement für die Verbesserung der Perspektiven junger Menschen im Land Rheinland-Pfalz.

Unternehmer, klein- und mittelständige Unternehmen und Existenzgründer sind die zentralen Faktoren beim dem Projekt, Rheinland-Pfalz von der Schlusslichtposition zu einer Wachstumsregion zu entwickeln. Hierbei sind kommunale Initiativen zur Förderung dieser Gruppen unverzichtbar. Der Erfolg liegt nicht in überdimensionalen Luftschlossprojekten, sondern in der erfolgreichen Etablierung des innovativen Handwerks und Mittelstands.

Wir benötigen dezentrale Strukturen in den Gewerbegebieten unserer Region. Gerade hier haben Betriebe neue Chancen, die gesuchten wohnortnahen Arbeitsplätze zu schaffen, die für die Lebensqualität unserer Bürger von entscheidender Bedeutung sind. Wir wollen für Rahmenbedingungen sorgen, die bestehenden oder ansiedlungswilligen Betrieben eine vernünftige Basis und die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Dazu sind aber auch die personellen Voraussetzungen vor Ort wichtig. Frühkindliche Begabtenförderung, Förderung frühkindlicher Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Förderung einfacher Wirtschaftszusammenhänge in Grund- und Mittelschulen, ein duales, mehrgliedriges Ausbildungssystem und Beibehaltung der Meisterausbildung sind auf diesem Weg unverzichtbar.

ALFA fordert daher:

- eine umfassende und kostenfreie Unterstützung von Unternehmensgründern,
- den Ausbau kommunaler Marketing-Initiativen und einen optimalen Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung,
- die Abschaffung von bürokratischen Hürden und somit die Verkürzung der Genehmigungsdauer von Anträgen,
- die Bestandspflege angesiedelter Unternehmen und eine enge Kommunikation mit ihnen,
- die Nutzung bereits vorhandener und die bedarfsgerechte Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden,
- den Erhalt einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben durch Unterstützung bei Planung und Aufbau weiterer Erwerbsmöglichkeiten,
- die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Umsetzung schlüssiger Konzepte für die zivile Nachnutzung ehemaliger militärischer Flächen und Gebäude,
- die professionelle Vermarktung unserer Standortvorteile wie z.B. niedrige Grundstückspreise, günstige Lebenshaltungskosten und vorhandenes qualifiziertes Arbeitskräftepotential, umfassende Schulinfrastruktur,
- zur Umsetzung dieser Vorhaben fordern wir die Schaffung einer professionellen Organisation zur Wirtschaftsförderung auf Landes- und Regionalebene.

Finanzpolitik

In vielen Staaten der Welt kann man beobachten, wie ungehemmte staatliche Schuldenfinanzierung auf Dauer die Kreditwürdigkeit der Staaten aushöhlt, ihre Investitionskraft beseitigt und Zweifel begründet, ob die Gläubiger ihr angelegtes Geld wiedersehen werden. Die Lasten werden auf zukünftige Generationen verlagert.

Gerade die rote und rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat sich in den letzten Jahren durch Fehlinvestitionen in dubiose Projekte wie den Nürburgring oder das "Beck-Schlösschen" negativ hervorgetan. Darüber hinaus ist gerade die Infrastruktur in Rheinland-Pfalz an vielen Stellen durch einen hohen Investitionsstau gekennzeichnet.

Rheinland-Pfalz ist auch in der Finanzpolitik von mäßig auf schlecht abgerutscht. Die pro-Kopf-Verschuldung von Rheinland-Pfalz ist die vierthöchste der Flächenländer. Trotz boomender Wirtschaft und geringem Zinssatz muss die Landesregierung in diesem Jahr mal wieder zusätzlich neue Schulden aufnehmen. Auch dieses zeigt das Scheitern einer unsoliden rot-grünen Finanzpolitik.

ALFA steht für einen verantwortungsvollen, vernunftbezogenen Umgang mit den Steuergeldern.

- Wir unterstützen die Forderung des Bundes der Steuerzahler, einen neuen Paragraphen zum Tatbestand der "Haushaltsuntreue" einzuführen, welcher die mutwillige Verschwendung von Steuergeldern unter Strafe stellt.
- Wir setzen uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Projekte ein und lehnen Schattenhaushalte ab.
- Sogenannte Public Private Partnerships, also privat finanzierte öffentliche Investitionen sind auf Ausnahmefälle zu begrenzen, wenn keine Kostentransparenz besteht, langfristige Folgekosten nicht berücksichtigt werden und die Vergabekriterien oftmals den Mittelstand benachteiligen.
- Wir fordern, dass künftig vermehrt aus dem Dienst scheidende Beamte, welche keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen, durch Angestellte ersetzt werden.
- Wir fordern, dass für alle Beamten ausreichende Altersrückstellungen gebildet werden und diese nicht später aus Krediten finanziert werden. Hierdurch werden die Personalkosten transparenter dargestellt.

Energie

Das Erneuerbare Energien Gesetz kurz EEG, bildet die Basis für die derzeitige, völlig konzeptlose Energiepolitik, die neben den hohen und stetig steigenden Stromkosten auch die in der Vergangenheit sehr hohe Versorgungssicherheit zunehmend in die Richtung einer wachsenden Versorgungsunsicherheit treibt. Auch unsere Nachbarländer leiden unter Netzproblemen durch unseren eingespeisten Vorrangstrom.

Im LEP IV (Landesentwicklungsprogramm) wird u.a. die Energiepolitik behandelt. Danach soll bis zum Jahr 2030 die Zahl der Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz auf 2650 nahezu verdoppelt werden, obwohl kaum eine Windkraftanlage in RLP wirtschaftlich arbeitet. Die sogenannte Energiewende - und als Folgeerscheinung das EEG und LEP IV - ist ein einziges Desaster, dilettantisch im Ansatz, ohne an die Folgen für die Bevölkerung und Industrie zu denken. ALFA fordert die Streichung des EEG und der Teilfortschreibung LEP IV Erneuerbare Energien. In der Teilfortschreibung LEP IV Erneuerbare Energien steht außer hohlen Phrasen nichts technisch Umsetzbares, was eine langfristige Versorgungssicherheit mit Strom zu annehmbaren Preisen auch nur annähernd sicherstellt.

ALFA fordert:

- Bezahlbarer Strom für Bürger und Industrie sichert Wohlstand und Arbeitsstellen. ALFA fordert die Abschaffung sämtlicher Energiesubventionen für die Großindustrie, um den Wettbewerbsnachteil von Mittel- und Kleinbetrieben zu verringern. Bürger und Mittelstand dürfen nicht für die Subvention der Strompreise von Großfirmen herangezogen werden.
- Der Flatterstrom von Wind und Solar macht dem Stromnetz sehr zu schaffen. Entweder hat man zu viel, oder noch schlimmer, zu wenig. Ein Ausbau von Windanlagen in Rheinland-Pfalz verringert dieses Problem nicht, da auch dieser Strom nur zur Verfügung steht, wenn der Wind bläst, und somit die Netze noch mehr belastet. Bei Windstille muss trotzdem noch konventionelle Energieerzeugung zur Verfügung stehen. Deswegen fordert ALFA die Forschung und Entwicklung von Energiespeichermöglichkeiten zu verstärken.
- Die Abstandsregelung 10H zum Schutze der Bürger vor den verschiedenen Emissionen muss auch bei Retrofit-Maßnahmen eingehalten werden. Diese Regelung bedeutet, dass der Mindestabstand zwischen einer Windkraftanlage und einer Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Höhe der Anlage betragen muss.
- Die Geothermie bietet im Gegensatz zu Windkraftanlagen und Photovoltaik eine zuverlässige, kontinuierlich vorhandene Energieversorgung. Probleme und Fehler, die in der Vergangenheit zur Ablehnung dieser Energieform führten, lassen sich durch Anstrengungen in Forschung und Entwicklung lösen. Daher fordert ALFA verstärkte Anstrengungen, diese Energie nutzbringend einzusetzen.

- Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet enorme Einsparmöglichkeiten beim Einsatz von Heizöl und Erdgas. ALFA fordert verstärkte Anstrengungen zur Nutzung dieser Energieform.
- ALFA setzt sich für eigenverantwortliche Entscheidungen der Bürger auch bei Wärmedämmmaßnahmen ein. Die Bürger sind selber in der Lage zu berechnen, ob sich Wärmedämmungen für die eigenen Zwecke finanziell lohnen. Staatliche Vorgaben, die alleine auf ideologischen Vorschriften beruhen, lehnt ALFA strikt ab.

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik soll der Umwelt und der Bevölkerung gleichermaßen dienen. Stattdessen ist Überregulierung an die Stelle vernünftiger, sachorientierter Regelungen getreten. Zudem tritt die Energiepolitik zunehmend in Konkurrenz zum Umweltschutz und bislang erreichte Umweltstandards werden um der Energiepolitik aufgeweicht oder gar aufgegeben.

Beim Umweltschutz gilt es nicht so zu agieren, als wäre Deutschland losgelöst vom Rest der Welt zu betrachten. In China zum Beispiel wird inzwischen mehr als 50% aller Kohle weltweit verbrannt, in Indien laufen Kohlekraftwerke, die dem technischen Standard aus den 1960er Jahren entsprechen.

Praktischer Umweltschutz vor der Haustür ist eben nicht das Propagieren CO₂ schonenden Kochens bei gleichzeitig wissentlich in Kauf genommenen Dauerstaus von tausenden Autos. Die Förderung und Entwicklung umweltfreundlicher Antriebe ist erstrebenswert. Das Land muss hierfür Bedingungen schaffen, so dass umweltfreundliche Antriebskonzepte auch wirtschaftlich tragbar sind. Besonders in der Forschungs- und Hochschulpolitik müssen verstärkt wissenschaftliche Einrichtungen in der Ausstattung und personell verbessert und gestärkt werden, um den Anforderungen zur Entwicklung kostengünstiger und umweltfreundlicher Antriebskonzepte gerecht zu werden.

ALFA fordert:

- Umweltschutz und Klimapolitik müssen mindestens im europäischen Gleichlauf erfolgen, nicht im Alleingang.
- Es sind verstärkte Anstrengungen in der Forschungs- und Hochschulpolitik erforderlich, um den Anforderungen zur Entwicklung kostengünstiger und umweltfreundlicher Antriebskonzepte gerecht zu werden.
- Umweltpolitik muss nach Fakten entschieden werden, nicht nach Gefühl.
- Umweltpolitik ist nach Kosten/Nutzen abzuwägen. Es muss ein Ende einer Umweltpolitik gesetzt werden, die als indirekter Feldzug gegen den Individualverkehr

geführt wird, indem man Staus wesentlich in Kauf nimmt, um die Bürger "zu erziehen", auf das Auto zu verzichten.

Landwirtschaft, Landschaftspflege, Tierschutz

Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können. Dazu können auch Förderprogramme und Subventionen beitragen, sofern Landwirte maßgeblich zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen. Dabei sollen Fördergelder an Dienstleistungen für Umwelt- und Tierschutz gekoppelt bleiben.

ALFA fordert:

- Zur Eindämmung der überbordenden Bürokratie, der die produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe ausgesetzt sind, fordern wir eine eigenständige Ombudsstelle "Entbürokratisierung", die dem Landtag Rheinland-Pfalz regelmäßig Bericht erstattet.
- Saatgut, welches keinem Sortenschutz unterstellt ist, muss von jedermann angebaut, vermehrt, verkauft und getauscht werden können.
- Nicht nur aus ethischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen fordern wir eine fortschrittliche Nutztierhaltung, bei der das Tierwohl eine stärkere Beachtung findet.
- Verstöße gegen den Tierschutz müssen konsequent geahndet werden.
- Biologischer Landbau braucht mehr Platz und hat weniger sichere Ernten. Eine flächendeckende Umsetzung wird nicht möglich sein, ohne gravierende andere Nachteile für die Umwelt in Kauf nehmen zu müssen.
- Gentechnisch veränderte Lebensmittel sollen klar als solche gekennzeichnet werden, um dem Verbraucher die freie Entscheidung zu ermöglichen.

Verwaltung

ALFA fordert eine sinnvolle Neuordnung der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung. Die Abschaffung der Bezirksregierungen stellt sich im Nachhinein betrachtet als ein großer Fehler dar, jedoch wäre eine Wiedereinführung rückwärtsgerichtet.

ALFA fordert ein Landesverwaltungsamt nach thüringer Vorbild. In dieses Amt sollen alle heute noch selbstständigen Sonderbehörden integriert werden. Das Grundgerüst dazu bilden die beiden Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD Nord und SGD Süd) sowie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ADD.

ALFA fordert:

- eine Neuordnung der Landesverwaltung,
- die Eingliederung von Sonderbehörden in ein Landesverwaltungsamt (Landesamt für Umwelt LfU, Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz LGB, Dienstleistungszentren Ländlicher Raum DLR, Landesamt für Finanzen (ehemals OFD-ZBV), Amt für Bundesbau) sowie
- die ersatzlose Streichung der 2012 als hundertprozentige Landestochter gegründeten Energieagentur.

Ein Wort zum Schluss

Unsere programmatische Ausrichtung wendet sich den relevanten Politikbereichen in unserem Rheinland-Pfalz zu. Wir arbeiten zielstrebig an neuen Lösungsansätzen für eine zukunftsorientierte Bildungsoffensive, für florierende Städte und Regionen, in denen freie und selbstbestimmte Bürger für sich und künftige Generationen sorgen können.

ALFA folgt dem Leitmotiv, den demokratischen Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft sowie den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt als Garanten für unseren Wohlstand zu sichern und auch in Zukunft zu erhalten und zu gestalten.

Dabei ist vom Grundprinzip der Subsidiarität auszugehen. Aufgaben sind zunächst in den Kommunen und erst dann im Land, zuletzt auf Bundesebene zu erledigen. Die Nationalstaaten sollen nur dann Kompetenzen an die Europäische Union delegieren, wenn sie im supranationalen Raum besser bewältigt werden können.